

morgen verändert werden, und wenn, dann nur in Übereinstimmung mit den für die Versorgung verantwortlichen staatlichen Stellen. Die Regierung muß gemeinsam mit den LPG und deren Interessenvertretungen die notwendigen materiell-technischen, ökonomischen und organisatorischen Voraussetzungen für Übergänge zu einer bedarfsgerechten und ökonomisch effektiven Gemüseproduktion und -versorgung schaffen. Nach 40 Jahren DDR muß es uns einfach gelingen, Gemüseläden zu bekommen, in die man auch mit Freude hinein- und vor allem wieder hinausgeht. *(Heiterkeit, Beifall)*

Dafür reicht der permanente Wechsel zwischen Kohl und Apfel nicht aus. *(Heiterkeit, Beifall)*

Auf heftige Kritik der Bürger stößt das Betreiben einzelner großer Tierproduktionsanlagen, von Abdeckereien und Fabriken der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, weil jahrelang die Belange des Umweltschutzes vernachlässigt wurden. Das sollte schnell korrigiert werden. Einen gangbaren Weg, hier Entlastung zu schaffen, sehen wir darin, die sowieso nicht devisaerentable Exportproduktion von Schlachtvieh einzustellen. Die Regierung sollte die dafür notwendigen Voraussetzungen prüfen. *(Beifall)*

Noch im Jahre 1990 sollten die ökonomischen und gesetzlichen Grundlagen für ein ökologiegerechtes Wirtschaften der Betriebe geschaffen werden. Die Ökologie muß zunehmend bestimmender Faktor der Intensivierung der Agrarproduktion und der gesamten Ernährungswirtschaft werden.

Das private Handwerk und Gewerbe bedarf dringend der Förderung und Unterstützung durch die Regierung. Ihre Dienstleistungen sind unverzichtbar für die Bevölkerung. Die Förderung kann erfolgen über klare und vereinfachte Zulassungsbedingungen, leistungsorientierte Steuerangleichungen, Steuersenkungen und vor allem überschaubare Steuerregelungen, Aufhebung der Begrenzung von einzustellenden Mitarbeitern, gerechtere Entlohnungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter, die ebenfalls am Leistungsprinzip orientiert werden müssen.

Unser Standpunkt zur Außen- und Sicherheitspolitik der DDR: Das bisherige bürokratisch-administrative Sozialismusmodell ist nicht nur innenpolitisch gescheitert, es hat auch das internationale Ansehen und die außenpolitische Handlungsfähigkeit der DDR sichtbar eingeschränkt. Die Beziehungen der DDR zu ihrem strategischen Verbündeten, der UdSSR, blieben hinter den dringenden Erfordernissen ebenso zurück wie insgesamt die erforderliche Kooperationsfähigkeit der Republik in dieser gegenseitig abhängigen Welt. Der Einfluß der DDR als anerkannter Friedensfaktor im Herzen Europas und in der Weltgemeinschaft der Völker ist gefährdet. Die radikale Erneuerung des Sozialismus in der DDR wird zu einer neuen innenpolitischen Legitimation der internationalen Beziehungen der Republik führen. Dazu will unsere Partei ihren unverwechselbaren Beitrag leisten. Das Bündnis mit der Sowjetunion ist die außenpolitische und außenwirtschaftliche Existenzfrage für die DDR. *(Beifall)*

Heute eröffnet sich uns die Chance für eine Sicherheits- und Wertgemeinschaft zwischen der DDR und der UdSSR auf neuer und gleichberechtigter